

Soziale Verteidigung

Konflikte gewaltfrei austragen - Militär und Rüstung abschaffen



H4361

Rundbrief Nr. 4/2019 des Bund für Soziale Verteidigung

Eine Zukunft für LOVE-Storm?!

Björn Kunter

Im September 2018 startete der BSV die LOVE-Storm Trainings- und Aktionsplattform gegen Hass im Netz. Trotz des überwältigenden Erfolgs der Plattform, die innerhalb eines Jahres bundesweite Bekanntheit erlangte, ist die Zukunft von LOVE-Storm gefährdet. Die Hauptförderung durch das Programm „Demokratie leben!“ endet diesen Dezember. Das Bundesfamilienministerium wird die Programmlinie gegen Hass im Netz nicht fortsetzen. Ein Förderkreis soll jetzt die Zukunft von LOVE-Storm langfristig sichern.

Die Bilanz von LOVE-Storm ist beeindruckend. Der Online-Trainingsraum, mit dem wir das bewährte Konzept von Zivilcourage-Trainings ins Internet übertrugen, wurde im Juni mit dem Comenius-EduMedia-Siegel ausgezeichnet. Innerhalb eines Jahres lernten über 1.000 Menschen in Online-Rollenspielen, wie sie Hass und Hetze im Netz Paroli bieten können. Über 200 Lehrer*innen und andere Multiplikator*innen wurden ausgebildet, um die Rollenspiele im eigenen Klassenzimmer durchzuführen. LOVE-Storm-Trainer*innen stellten das Konzept bundesweit auf über 60 Veranstaltungen der Fachöffentlichkeit vor.

Auch die Aktionsplattform hat sich bewährt. Über ein Notrufsystem können Betroffene Hassvorfälle im Netz melden und werden dann durch trainierte LOVE-Stormer*innen unterstützt. Niemand muss Hass im Netz alleine begegnen. Die LOVE-Stormer*innen stellen sich dem Hass mit eigenen Kommentaren entgegen. Sie stärken Angegriffene, mobilisieren andere Zuschauende und grenzen den Hass ein, damit er sich nicht unwidersprochen weiter verbreitet. Digitale Zivilcourage funktioniert: Oftmals lassen sich Situationen deeskalieren. Betroffene berichten, dass schon einzelne unterstützende Kommentare ihnen geholfen haben, den Schock des Angriffs zu überwinden und wieder selber auf den Angriff reagieren zu können. Trainierte können sich untereinander austauschen

und fühlen sich so als Teil einer kleinen Gemeinschaft, die auch im schlimmsten Shit-Storm nicht untergeht.

Auch in der Öffentlichkeit war LOVE-Storm präsent. Denn leider ist das Thema heute so aktuell wie nie. Auf den großen #unteilbar-Demonstrationen verteilten wir 10.000 Anleitungen zur digitalen Zivilcourage. Als ein Berliner Gericht Renate Künast bescheinigte, dass sie sich sexualisierte Beschimpfungen gefallen lassen müsste, launchten wir die LOVE-Storm-App, über die solche Beschimpfungen gemeldet werden konnten. Auf den Mord an Walter Lübcke reagierten wir mit der Online-Petition für ein #NetzhohneHass und riefen 8.500 Unterzeichner*innen dazu auf, einen Tag lang keinen Angriff auf Politiker*innen unwidersprochen stehen zu lassen. Nach dem Anschlag von Halle widersprachen wir einen Tag lang antisemitischen Verschwörungstheorien auf facebook (s. Seite 2). Immer mehr Medien berichten über LOVE-Storm, auch weil uns Prominente wie Renate Künast, Natascha Kampusch, Sawsan Chebli u.a. unterstützten.

All das darf jetzt nicht einfach aufhören. LOVE-Storm wird gebraucht: Zurzeit fragen jede Woche neue Schulen, Jugendeinrichtungen und andere Gruppen unsere Unterstützung an. Der BSV hat daher beschlossen, das Projekt LOVE-Storm ein weiteres Jahr zu verlängern und in dieser Zeit neue Fördermittel einzuwerben, um Mobbing und Hass im Netz bekämpfen zu können. Zusätzlich wird LOVE-Storm einen Förderkreis von Dauerspender*innen aufbauen, um in Zukunft unabhängig von Fördermitteln überleben zu können.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, brauchen wir in diesem Jahr noch 20.000 Euro. Bitte helfen Sie uns und geben LOVE-Storm eine Zukunft.

Spendenkonto: Bund für Soziale Verteidigung
IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
Sparkasse Minden-Lübbecke
Bitte Zweck „LOVE Storm“ angeben!



Mitte Oktober fand in Dortmund unser Fachgespräch „Syrien zuhören“ statt. Das Panel mit unseren Expert*innen. Von links nach rechts: Mariana Kartkoutly, Nauzat Khalil, Samer al-Hakim, Ute Finckh-Krämer (Moderatorin). Foto: Sine Kranich



Gemeinsam gegen Hass im Netz. Das LOVE-Storm Team braucht eine Zukunft. Von links nach rechts: David Scheuing, Björn Kunter, Beate Achilles und Margaretha Eich. Foto: BSV



Der Friedenspreis der Bremer Stiftung „Die Schwelle“ ging diesen November unter anderem an Olga Karatch, die Gründerin unserer belarussischen Partnerorganisation „Unser Haus“. Foto: Ute Finckh-Krämer, die auch die Laudatio hielt. In diesem Rundbrief haben wir einen Beitrag von Adliga, einer feministischen Organisation in Belarus, die eng mit „Unser Haus kooperiert.

Diesmal

**Antisemitismus
Feministische Arbeit in Belarus
Fachgespräch „Syrien zuhören“
u.a.m.**

Kleine Erfolge beim Aktionstag für ein Netz ohne Antisemitismus

Liebe Leserin, lieber Leser,

Björn Kunter

was den BSV betrifft, so hatten wir diesen Herbst eine gute und eine schlechte Nachricht. Die schlechte war, dass „Demokratie leben!“ die Förderung von LOVE-Storm nicht fortsetzt. Dass wir bei Weitem nicht die einzigen sind, die davon betroffen sind – die Sache ging ja auch groß durch die Medien – ist da nur ein geringer Trost. Die gute Nachricht betrifft auch eine Förderung: Passend zum Auslaufen von „Think Peace / Globaler Frieden goes Mainstream“ hat die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen unseren Antrag auf Förderung eines neuen Bildungsprojekts positiv beschieden. Unter dem Titel „Share Peace“ werden wir zwei Jahre lang mit Multiplikator*innen in NRW an der Verbreitung von Konzepten der Zivilen Konfliktbearbeitung arbeiten können. Wir freuen uns sehr, dass damit die Arbeit von Krischan Oberle fortgesetzt werden kann, der unsere Bildungsarbeit schon in den vergangenen beiden Jahren erfolgreich vorangetrieben hat.

Und noch eine News: Im Frühjahr 2020 (24.-26. April 2020 in Kassel) wird sich unsere Jahrestagung mit dem Thema „Frieden und Klima“ beschäftigen; ein vorläufiges Programm findet sich schon auf unserer Website. Save the date! Auf unserer Website finden sich auch weitere Termine, die vielleicht für die eine oder den anderen interessant sind, z.B. ein Workshop zu feministischer Friedensarbeit am 1. Februar 2020. Und dort können auch unsere neuen Publikationen nachgelesen bzw. heruntergeladen oder bestellt werden. Zum Beispiel ein Infopapier zu Friedensjournalismus und die Dokumentation unseres Fachgesprächs zu Syrien vom Oktober 2019. Es lohnt sich also, ab und zu auf unsere Seite zu schauen!

Wir wünschen allen Leser*innen schöne Feiertage (oder schöne freie Tage) und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2020!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



In der von LOVE-Storm organisierten #NetzhohneHass-Community haben sich über 8.500 Menschen verpflichtet, Hass im Netz zu widersprechen, die Angegriffenen zu stärken und Angriffen öffentlich Grenzen zu setzen. Nachdem klar geworden war, dass sich auch der Attentäter von Halle im Netz radikalisiert und den Anschlag fürs Netz inszeniert hatte, organisierten wir aus der Community heraus einen Aktionstag. Kein deutschsprachiger antisemitischer Hasskommentar sollte an diesem Tag unwidersprochen im Netz stehenbleiben.

Auch wenn uns sicherlich nicht alle Vorfälle gemeldet wurden, ist es uns doch gelungen, viele kleine Zeichen zu setzen. Vor allem aber war es für alle Beteiligten eine spannende Gelegenheit, sich intensiv mit den verschiedensten Formen antisemitischer Hasskommentare auseinanderzusetzen und funktionierende Gegenstrategien zu entwickeln. Denn kaum ein „Hassthema“ ist so vielseitig wie der Antisemitismus - von den gruseligsten Verschwörungstheorien über arabisch dominierte Israelfeindlichkeit bis zur Holocaust-Relativierung. Das „Feindbild Jude“ wird von Hass-Gruppierungen fast jeglicher Couleur genutzt. So trafen wir auf Posts, nach denen die gesamte Politik nur „Marionetten Israels“ seien. Hier hinterfragten wir in Gegenkommentaren nicht nur die simple „Rattenfängerbotschaft“, sondern auch das Geschäftsmodell des Postenden, einen Versandshop für Aufkleber und andere Propagandamaterialien. Bei einem angeblichen Beleg, dass die „Bilderberger“ schon 2012 den wirtschaftlichen Niedergang (und Flüchtlingswellen) geplant hätten, konnten wir nach kurzer Recherche-Arbeit of-

fensichtliche Schwachstellen aufzeigen. Auffallend war dabei, dass die meisten Verbreiter*innen von Verschwörungen täglich 10-30 Posts absetzten und dabei verschiedenste Theorien zu einem großen Wust zusammenmischten. Diskutieren wollte aber niemand.

Etwas interessanter war ein „Meme“ (d.i. eine sich schnell verbreitende Meldung) aus dem AfD-Umfeld, in dem aktuelle Anschläge gegen AfD-Büros als Pogrom bezeichnet und mit Bildern aus der Reichspogromnacht verglichen wurden. Wir kommentierten 15 solche Posts, zumeist mit Hinweisen darauf, dass auch wir Gewalt gegen Parteien und Anschläge auf Politiker, wie Walter Lübcke und Henriette Reker, ablehnen, aber das trotzdem kein Grund ist, den Holocaust so zu verniedlichen. Auch hier gab es Vielposter und einige eher anonym wirkende Profile, die sich botmäßig gegenseitig ihre Propaganda-News teilten, aber eben auch „ganz normale Profile“, die vereinzelte politische Posts neben die Bilder ihrer Hunde und Familienfeste stellen. Vielleicht konnten wir mit unserer Kritik ja zukünftige Diskussionen im Familienkreis erleichtern. Noch positiver war die Resonanz beim einzigen arabischstämmigen Post. Auf den Hinweis, dass „Tod für Israel“ doch keine Lösung der Situation in den besetzten Gebieten Palästinas sein könne und „Auch die Menschen in Israel haben ein Recht auf Leben“ reagierte der Urheber schnell, mit „Ja, Du hast Recht.“ und forderte stattdessen Frieden für Palästina. So einfach kann digitale Zivilcourage auch sein.

Björn Kunter ist der Gründer und Koordinator von LOVE-Storm.

Antisemitismus

Aktuelle Antisemitismus-Vorwürfe und der Umgang mit Störungen in öffentlichen Veranstaltungen

Renate Wanie

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa sind Fremdenfeindlichkeit, rassistische Ausgrenzungen und die Zunahme von Antisemitismus mehr als beunruhigend. Jüngstes Beispiel für einen antisemitischen Anschlag in Deutschland ist das bewaffnete Attentat auf die Synagoge in Halle. Unter dem Vorwand, Antisemitismus zu bekämpfen, nehmen zugleich in den letzten Jahren auch Kampagnen gegen Veranstaltungen, die Kritik an der Besatzungspolitik der israelischen Regierung üben, massiv zu. Infolgedessen werden z.B. Räume wegen angeblichen Antisemitismus, der Referent*innen oder der Veranstalter verweigert oder Vorträge lautstark gestört.

Ein Beispiel für bewusste lautstarke Störungen ist die Vortragsveranstaltung des israelischen Friedensaktivisten und Gründers des „Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen“, Jeff Halper, in der VHS Heidelberg Ende 2017. Bereits vor der Veranstaltung warf das „Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Heidelberg“ in einem offenen Brief Halper vor, er unterstütze die BDS-Kampagne¹ und damit „klar“ eine antisemitische Bewegung (RNZ, 27.11.17).

Diese Störaktion blieb nicht die einzige in Heidelberg und in Deutschland. In der Broschüre „Meinungsfreiheit bedroht?“ dokumentieren die Herausgeber*innen bereits bis Mai 2017 64 Beispiele bei oder veränderter menschenrechtlicher Veranstaltungen.² Dabei geht es i.d.R. nicht um Antisemitismus im eigentlichen Sinn. Es geht um die Gleichsetzung der Kritik an der israelischen Besatzungspolitik und der Verteidigung palästinensischer Menschenrechte mit Antisemitismus. Menschen und Initiativen, die sich für eine gerechte Friedenslösung zwischen Israel und Palästina engagieren, werden in Deutschland zunehmend als antisemitisch diffamiert. Allein die Äußerung eines Vorwurfs ist für Vermieter*innen oft ausreichend, um Diskussionsveranstaltungen abzu-

sagen, so geschehen z.B. in Göttingen im März 2019. Schon die Ankündigung, dass der Göttinger Friedenspreis an die „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost e.V.“ verliehen werden solle, bewirkte die Absage der Räume der Universität Göttingen. Begründung war der Vorwurf des Zentralrates der Juden in Deutschland, die Preisträger unterstützten die gegen Israel gerichtete BDS-Kampagne. Der Vorsitzende der Friedenspreisjury, Andreas Zumach, wies die Antisemitismus-Vorwürfe zurück.³

Strategien zum Umgang mit Störungen

Es gibt verschiedene Strategien zum Umgang mit Störungen bei öffentlichen Veranstaltungen, die sich kritisch mit der Besatzungspolitik der israelischen Regierung auseinandersetzen. Einige in Heidelberg erarbeitete Vorschläge sollen hier vorgestellt werden:

Grundsätzliches

- Immer eine Moderation vereinbaren,
- zu Beginn den Ablauf und Zeitrahmen vorstellen,
- als Moderator*in nicht zu Aggressionen verleiten lassen.

Regeln für die Diskussion

Regeln zu Beginn vorstellen, z.B. an einer Redner*innen-Liste orientieren, eventuell wiederholt auf die Einhaltung hinweisen, keine persönlichen Angriffe/Verletzungen zulassen, bei Nichteinhaltung mit „Stopp!“ unterbrechen.

Vier Stufen eines möglichen Vorgehens bei anhaltenden Störungen

1. Pause einlegen, Störung und Lautstärke ansprechen: „Es ist sehr laut hier!“. Um Ruhe bitten, Atmosphäre im Publikum beachten.
2. Referent*in um Unterbrechung bitten und Störer*innen die Gele-



Jüd*innen demonstrieren gemeinsam gegen die Besatzungspolitik. Die Politik der israelischen Regierung anzuklagen, ist nicht antisemitisch!

Foto: © <https://lobellog.com>

genheit geben, ihre Argumente zu äußern (bei Dauerstörung gehen die Inhalte verloren) oder Fragen zu stellen, z.B. Stimmen Sie mit dem/der Referent*in nicht überein? Welches Thema möchten Sie ansprechen?

3. Aufforderung, den Raum zu verlassen. Bei Nichtbeachtung: Z.B. drei Personen aus dem Publikum gehen auf die Störer*innen zu und positionieren sich so, dass die Störer*innen in Richtung Tür den Raum verlassen können (vorbereiten, absprechen bzw. auch einüben).
4. Bei fortgesetzter Eskalation Gebrauch machen vom vorher mit dem/der Vermieter*in vereinbarten Hausrecht und als letztes Mittel die Polizei rufen.

Renate Wanie ist Vorstandsmitglied beim BSV und freie Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden.

Rundbrief lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per E-Mail an info@soziale-verteidigung.de mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will.

¹ BDS = „Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen“. Siehe <http://bds-kampagne.de/>

² Groth, Annette/Rath, Günter (Hg): Meinungsfreiheit bedroht? Die Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland durch Kampagnen der sog. „Freunde Israels“ 1/2018

³ siehe auch: Wanie, Renate: Israel/Palästina und die Grenzen des Sagbaren, in: Friedensforum 6/2019

Barbara Labbe

Eine mutige Frau, die sich zwischen die Fronten stellte, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu stoppen

Outi Arajärvi



Der ehemalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und ehemalige Bürgermeister von Steinfeld, Kurt Beck (links), erläutert die Geschichte vom Steinfelder Zug am Grab von Barbara Labbe. Rechts: der zweite Leiter der Radreise, Mario Daum. Foto: Outi Arajärvi

Es hat in der Geschichte immer mutige Menschen gegeben, die in Gewaltsituationen vermitteln oder eine Eskalation verhindern konnten, obwohl sie selbst gewaltfrei und ohne Waffen handelten. Auf einer Radreise habe ich von einer Frau gehört, die es tat.

Es war in der Zeit der revolutionären Unruhen in ganz Europa in der Nachfolge der französischen Februarrevolution 1848. Auch in der Südpfalz kämpften Menschen für Freiheit und bürgerliche Rechte und gegen die absolutistischen Herrscher. Nahe der französischen Grenze liegen die beiden Orte Bergzabern und Steinfeld. Und dort, in einer blutigen Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Nachbardörfern, am 17. Juni 1849, tat sich eine junge Frau hervor, die noch Schlimmeres verhindern wollte und eine gefährliche Aufgabe übernahm: Eine Botschaft über die Feindeslinien zu bringen, die in der Folge zum Erliegen der Feindseligkeiten führte. Bergzabern

stand auf der Seite der Revolution, wie schon 1792, als in Bergzabern für neun Monate sogar eine Freie Republik – die erste in Deutschland – bestand. Anders in Steinfeld, dort war man schon immer eher „königstreu“ und beteiligte sich nicht an der revolutionären Bewegung.

Die Situation spitzte sich zu, Preußen war im Anmarsch. Die Führer der Bergzabener Bürgerwehr waren verhaftet und nach Steinfeld gebracht worden. In Bergzabern war man aufgebracht und es wurde ein „Zug“ nach Steinfeld zur Befreiung der Männer beschlossen. Der Bürgermeister von Steinfeld, Cornelius Labbe, war in Sorge: „Schon im Anfange war man in banger Besorgnis, dass durch diese in Haft hierher gebrachten Individuen der Gemeinde neue Schrecken entstehen könnten.“ Unsere Heldin Barbara Labbe war die Tochter des Bürgermeisters.

Am späten Sonntagnachmittag kam es dann zum Kampf, der Trupp aus Bergzabern erreichte Steinfeld, dort war man vorbereitet und wartete bewaffnet am Dorfrand. Es gab am Anfang schon die Drohung, man solle die Gefangenen freigeben, sonst werde der Ort angezündet. Einige in Steinfeld wollten die Gefangenen loswerden und wollten einwilligen. Aber wie so oft in solchen Situationen ging an anderer Stelle die Schießerei los, die ersten wurden verwundet. Nun gab es genug Steinfelder, die auf keinen Fall aufgeben wollten. Barbara Labbe berichtete später, dass sie „viele Leute mit kleinen Kindern und Bettenwerk und Weiszeug nach dem nahen Wald flüchten“ sah. Jetzt handelten die, die eine weitere Eskalation zu verhindern suchten. An den Verhandlungen soll auch Barbara Labbe beteiligt gewesen sein.

Auf der anderen Seite wollte der Kommandant aus Bergzabern auch verhandeln, vor allem als ihm die Botschaft der Verhafteten übermittelt wurde, die in Angst um ihre eigene Sicherheit die Truppen aus Bergzabern aufforderten, sich zurückzuziehen. Dennoch wurde weiter heftig geschossen. Die Situation

im Dorf wurde für alle immer gefährlicher, eine neue Botschaft sollte überbracht werden. Als sich niemand traute, übernahm Barbara Labbe es: „Es war niemand da, der den zweiten Brief besorgen wollte. Da sagte ich endlich: 'Wenn ihn niemand hinaustragen will, so will ich es thun; sie werden auf ein wehrloses Mädchen nicht schießen', und nahm den Brief und trug ihn den Freischaren entgegen, während mir von allen Seiten die Kugeln um den Kopf sausten. Es kam ein Mann auf mich zu. ... Ich übergab ihm das Schreiben.“ Sie soll noch diesen Mann beschützt haben, als einige Steinfelder ihn bedrohten.

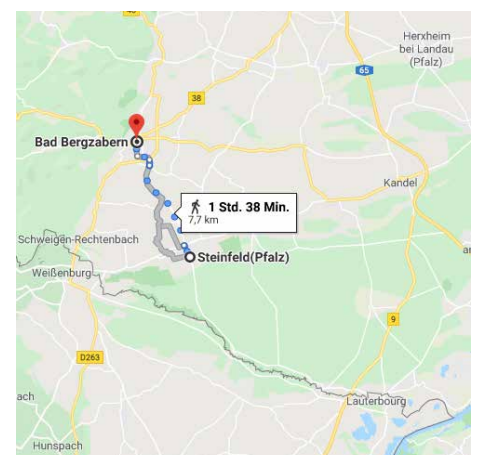
Tatsächlich wurden die Gefangenen freigelassen, woraufhin die Bergzabener sich zurückzogen, zurück blieben zehn Verwundete. Während die Anführer der Revolution in einem Hochverratsprozess zu Todesstrafen, die meisten in Abwesenheit, verurteilt wurden, hat der bayerische König Steinfeld für seine Treue mit 1.000 Gulden belohnt. Barbara Labbes Einsatz wurde vom Gericht besonders gewürdigt und sie bekam eine Goldkette. Steinfeld galt seitdem bei den Revolutionären als konterrevolutionär, aber dort ehrt man noch heute Barbara Labbe als Beschützerin des Dorfes.

Quellen:

Rolf Übel: Der Steinfelder Zug, In: Steinfeld 1250 bis 2000, Ortsgemeinde Steinfeld, 2000

Erzählung von Kurt Beck in Steinfeld im Rahmen der Politischen Radreise in die Pfalz 2019, <https://politische-radreisen.de/>

Outi Arajärvi ist Co-Vorsitzende des BSV.



Feminist*innen in Belarus

Die Arbeit von Adliga für Frauen in Belarus

Evgenia Ivanova

Politische Partizipation ist eines der zentralen Themen der (modernen) Demokratie. Um eine Veränderung zu erreichen, müssen wir die Bewusstseins-ebene ändern, gefolgt von der Änderung des Alltagsverhaltens: Menschenrechte, Toleranz, Gleichstellung der Geschlechter oder ökologischen Fragen bewusster Staatsbürgerschaft. Aber wie erreichen wir das? Es gibt da viele Vorschläge. In diesem kurzen Beitrag werde ich erzählen, was wir aus der Arbeit mit Frauen in unserem Streben nach einer geschlechtergerechten Gesellschaft und einem sicheren politischen Raum in Belarus gelernt haben.

„Adliga: Frauen für die volle Staatsbürgerschaft“ ist eine Schwesterorganisation der Bürgerinitiative „Unser Haus“, die aus dem Zorn heraus gegründet wurde, dass der belarussische Präsident Frauen als fügsame politische Kraft behandelt. Sie wurde als Protest gegen die Diskreditierung der Idee der politischen Vertretung von Frauen ins Leben gerufen, als Präsident Lukaschenko im Jahr 2004 einfach 30% Frauen als Abgeordnete für das Parlament „ernannte“.

Unsere Zielgruppe sind politisch und sozial aktive Frauen: Wir unterstützen sie, überwachen die Verletzung ihrer Rechte, bilden Aufklärungskreise, schließen einzelne Menschenrechtsverteidigerinnen zusammen, setzen uns für einen politischen Wandel ein und fordern die Verfolgung jener, die Aktivistinnen unterdrücken.

Es gibt eine Reihe erfolgreicher Projekte, viel Erfahrung und viele Lektionen, die wir gelernt haben. Ich möchte hier jedoch nur zwei davon teilen.

Unsere erste Lehre ist, dass sozial und politisch aktive Frauen Unterstützung brauchen, da sie oft an Burnout-Symptomen leiden.

Wir wissen, dass, wenn wir Frauen durch Empowerment, Anerkennung und Akzeptanz unterstützen, der politische Wandel von ihnen selbst herbeigeführt wird. Den Frauen muss nicht gesagt werden, was sie zu tun haben, sie wissen es.

Sie brauchen jemanden, der sie unterstützt, wenn sich die Gesellschaft (und oftmals ihre eigenen Familien) wegen ihres Aktivismus, gegen sie wendet.

Zweitens darf der ideologische Wandel nicht von oben nach unten gebracht werden. Jemanden aus seiner Komfortzone zu holen, um etwas Licht auf die „Wahrheit“ zu werfen, mag von Zeit zu Zeit funktionieren. Es ist jedoch kein Weg für eine stetige, alltägliche Änderung der Einstellung und des Verhaltens. Also haben wir stattdessen etwas anderes ausprobiert.

Als feministische Organisation haben wir eine Ideologie, die wir teilen und vermitteln können. Auf der anderen Seite glauben wir, dass Frauen das Recht haben, Ideen und Lebensweisen zu wählen, solange sie verstehen, woher ihre Ideen kommen, wohin sie führen, und ihre Entscheidungen reflektieren und bedenken. Vor diesem Hintergrund haben einige Aktivistinnen von Adliga zusammen mit einigen städtischen Aktivistinnen mit anfänglicher Unterstützung von „Her Rights“ eine informelle Diskussionsgruppe namens „Im Namen von Klara und Rosa“ gegründet.

Die Idee war, im Verlauf eines Abends sog. „Frauenthemen“ zusammen mit Themen, die traditionell als nichtfeministisch angesehen werden, anzusprechen. Diese Abende wurden gefolgt von „Aufbaukursen“, die zweifelsohne vom Feminismus geprägt sind. Zum Beispiel würde ein Kurs über gesunde Haut mit einem Training über durchsetzungsfähige Kommunikation und Widerstand gegen Gewalt verbunden werden. Ein Kurs über Express-Make-up oder Trends in der modernen Mode würde notwendigerweise einen Abschnitt über die ökologische Herangehensweise an Dinge und die Konsumkritik enthalten. Auf ein Stimmtraining folgte ein kurzer Vortrag über Christine de Pizan (französische Schriftstellerin und Philosophin aus dem späten Mittelalter).

Wichtig ist, dass die Redner*innen nicht nach dem Thema als solchem ausgewählt wurden, sondern nach ihrem



Die beiden Gründerinnen von Adliga: Die Autorin Evgenia Ivanova (li) und Ksenia Tyrsikova (re). Foto: Gruppe Rosa and Klara.

respektvollen Umgang mit Frauen, ihrer positiven Akzeptanz der eigenen Weiblichkeit, ihrer Toleranz und ihrer Sensibilität für Unterschiede und Verschiedenartigkeit sowie ihrem großen Respekt für die eigenen Leistungen und die anderer Frauen. Und das Ergebnis war erstaunlich. Wir zogen nicht nur neues weibliches Publikum an, das nie zuvor anwesend war (und es war unwahrscheinlich, dass es zu einer feministischen Versammlung gekommen wäre), sondern wir hielten sie auch. Wir haben einen Raum für ein langsames, aber stetiges und komfortables Wachstum für unpolitische Frauen zu politisch/feministisch interessierten Individuen und bewussteren Bürgerinnen geschaffen.

Als uns eine der Teilnehmerinnen am Ende eines Abends überrascht erzählte, dass sie gekommen war, um etwas über Mode zu lernen, aber das Wichtigste für sie dann die Diskussion über innere Frauenfeindlichkeit gewesen war, wussten wir, dass wir auf dem richtigen Weg waren.

Evgenia Ivanova ist Mitgründerin und Co-Vorsitzende von „Adliga: Women for full Citizenship“.

Krischan Oberle



Ein Expert*innengespräch wertete im Oktober 2019 die im Vorläuferprojekt „Think Peace“ erstellten Medien aus. Foto: Christine Schweitzer

„Was ist Frieden für Dich?“ Auf diese Frage hatten die ca. 1.000 Teilnehmenden von Bildungsveranstaltungen im Projekt „Think Peace“ (2017-2019) viele Antworten. Immer mit dabei: „Die Abwesenheit von Krieg“ und „Harmonie“. Aus meiner Sicht sind beide Perspektiven problematisch: Sie lähmen und laden nicht ein, aktiv zu werden. Unter der ersten Auffassung werden friedenspolitische Fragen zu Aufgaben von Menschen in Schlüsselpositionen erklärt: Diplomate*innen, Politiker*innen oder Entscheidungsträger*innen in kriegsrelevanten Industrien können etwas für den Frieden tun. Für Bürger*innen sind bei diesem Verständnis von Frieden als Abwesenheit von Krieg die Fragen viel zu groß. Verstehen Menschen Frieden als Harmonie, werden sichtbare oder verdeckte Konflikte nicht angegangen, vermieden oder ignoriert. Dadurch werden Potenziale auf Veränderung hin zu gerechteren Beziehungen und Gesellschaften im Keim erstickt.

Unsere Workshops arbeiten dagegen mit einem Friedensverständnis, das Menschen ermächtigt, aktiv zu werden. Wenn Frieden ein Prozess ist, in dessen Verlauf Zugänge ermöglicht, Benachteiligungen abgebaut und die Einhaltung von Menschenrechten gewaltfrei eingefordert

werden, dann kann ich wirksam werden.

Anschauliche Beispiele gewaltfreier Arbeit an oder Interventionen in Konflikten zeigen in unserer Bildungsarbeit Möglichkeiten auf und ermutigen. Der Einsatz der lose organisierten Frauen in Weiß für den Frieden in Liberia zeigt auf: Zivilgesellschaft kann Frieden stiften und muss an Friedensprozessen beteiligt sein. Die psychosoziale Betreuung von ehemaligen Kindersoldat*innen nach dem Bürgerkrieg schuf Perspektiven und beugte einer erneuten gewaltsamen Eskalation vor. Im Südsudan kann Schutzbegleitung der internationalen Nichtregierungsorganisation Nonviolent Peaceforce Menschenleben retten – in einem höchst gewalttätigen Kontext. Etliche Beispiele aus dem Zivilen Friedensdienst zeigen, dass ein proaktives Arbeiten an Konflikten Früchte trägt.

Teilnehmende lernen also Vorbilder und Möglichkeiten für eigenes Engagement kennen. Als Bürger*in kann ich den Krieg in Syrien nicht beenden, aber ich kann mich trotzdem wirksam einmischen: Ich kann mich für die militärische Zurückhaltung der Bundesrepublik, für ein Verbot von Waffenexporten, für sichere Fluchtrouten und ein menschenwürdiges Geflüchtetenrecht stark machen. Ich kann das Konzept des Zivilen Peacekeepings bekannt machen und mich für die Umsetzung und stärkere finanzielle Ausstattung der zivilen Komponente deutscher

Sicherheitspolitik einsetzen. Eine Friedensfachkraft ist weitaus günstiger als ein*e Soldat*in! Das sollte jede*r wissen! Lasst uns ein Benefizkonzert veranstalten, um zu informieren und Spenden zu sammeln.

Share Peace

Mit dem neuen, in Nordrhein-Westfalen angesiedelten Bildungsprojekt „Share Peace: Frieden vervielfältigen“, das diesen November begonnen hat, möchten wir an die vielen ermutigenden Rückmeldungen aus „Think Peace“ anknüpfen. Bei den Überlegungen, wie wir mehr Menschen mit unseren Themen erreichen und ins Sich-Bewegen bringen können, war schnell klar: Wir brauchen mehr Menschen, die im Unterricht, Workshops, Abendvorträgen, bei Planspielen oder Podiumsdiskussionen Zivile Konfliktbearbeitung und deren Potenziale darstellen. Deshalb richtet sich das neue Projekt an Multiplikator*innen, die durch inhaltliche und methodenorientierte Auseinandersetzung befähigt werden, eigene Bildungsveranstaltungen in hoher Qualität anzubieten. Genauso möchten wir Menschen in den Tätigkeitsbereichen „Globales Lernen“ und „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ ermuntern, Konflikte und Frieden in ihrem Alltag mitzudenken. Wie können Entwicklungsprozesse beispielsweise umweltgerecht gestaltet werden, wenn Konflikte um Weide- oder Ackerland oder die Gefahr einer militärischen Eskalation unbedacht bleiben? Eine persönliche Begleitung der Teilnehmenden durch Coachingangebote oder Unterrichtsbesuche soll Hürden abbauen und motivieren von einer Fortbildungssituation in die konkrete Umsetzung zu kommen.

Mit dem Eine-Welt-Netz NRW und dem Netzwerk Friedensbildung NRW haben wir interessierte Verbündete, die bei der Umsetzung des NRW-bezogenen Projekts mitwirken möchten.

Krischan Oberle ist Bildungsreferent beim BSV.

„Share Peace“ wird möglich durch die Förderung der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

Szenario zur Friedenspolitik

„Sicherheit neu denken“ geht in eine neue Phase

Stephan Brües

Das Szenario „Sicherheit neu denken“, das aus der Badischen Landeskirche heraus entstand, durchzieht die Friedensgruppen des Landes. So gab es in den letzten Monaten eine Vielzahl von Veranstaltungen und Vorträgen der Autor*innen des Szenarios auf Tagungen und in Kirchengemeinden, die auf eine überwiegend positive Resonanz gestoßen sind.

So wurde auf dem Bundeskongress der DFG-VK Anfang November konstruktiv, aber auch kritisch über das Szenario diskutiert und in sechs Arbeitsgruppen inhaltliche Themen diskutiert: Frieden ohne Armeen (Christine Schweitzer), Szenario und Kapitalismus (Ralf Becker), Friedenslogik (Christiane Lammers), Just Policing (Hermann Düringer), Internationale Sicherheitsarchitektur (Andreas Zumach) und Szenariotechnik und Weiterentwicklung (Theodor Ziegler). Besonders kritisch war die Frage einer Stärkung von Polizei national wie international als Alternative zum Militär. Ich selbst habe spontan eine AG angeboten „Starten jetzt“, in der es darum ging, wie kommunal oder regional konkret gehandelt werden kann, um das Konzept zu verbreiten und Netzwerke zu entwickeln. So organisiert ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis in der hessischen Stadt Langen einen Politischen Salon, bei dem in fünf Veranstaltungen alle fünf Säulen des Szenarios diskutiert werden sollen. Aktive aus der Friedensbewegung sollen in ihrem Umfeld Leute finden und ansprechen, die einen Bezugspunkt zu dem Anliegen haben, z.B. Unternehmer*innen, die nachhaltig handeln oder gemeinwohlorientiert sind.

Am 17.10. habe ich in „meiner“ Ev. Kirchengemeinde in Wiesloch referiert. Auch wenn wir insgesamt nur zu neun waren, war es inhaltlich und in der medialen Resonanz ein Erfolg. Besonders gut hat dabei die Argumentation gewirkt, dass die Sicherheitspolitik auf die eigenen Beiträge zum Unfrieden und Sicherheitsgefährdungen schauen und dies beenden muss (z.B. Rüstungsexporte, unfaire Wirtschaftsabkommen, EU-Agrarpolitik, Erweiterung der NATO

etc.). Die Ganzheitlichkeit der fünf Säulen des Szenarios ist ein unbedingter Pluspunkt. Die Leiterin der Evangelischen Erwachsenenbildung Rhein-Neckar-Süd will jedenfalls an dem Thema dran bleiben. Auch die anwesende Journalistin hat nicht nur einen guten Artikel veröffentlicht, sondern sich auch bereitwillig in den Presseverteiler des Koordinators der Kampagne „Sicherheit neu denken“ aufnehmen lassen.

Der Koordinationskreis hat auf seinem Treffen am 29.10. eine Informations- und Bildungskampagne beschlossen, die vier Ziele hat:

1. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für eine Zivile Sicherheitspolitik und die vorhandenen zivilen Alternativen

Aktuell gibt es für diese Informationskampagne bereits folgende Auswahl von Ideen:

Logo-Wettbewerb, Ausbildung zu „Sicherheit neu denken“-Botschafter*innen, Multivision für Verbreitung in Schulen oder anderswo, Veranstaltungen mit dem syrischen Pianisten Aeham Ahmed („Pianist aus den Trümmern“), Bildungsmaterialien, musisch-kreative Vermittlung, Planspiel, Standkonzepte usw.

2. Vernetzung und Suche nach Koalitionspartner*innen

Ideen: Ansprache von Prominenten, Journalist*innen, Anfragen an Sport- oder Musikvereine, Kirchengruppen usw. und die Gründung von Regionalgrup-

pen/regionalen Ansprechpartner*innen und die Organisation von Veranstaltungsreihen entlang der Säulen.

Ich selbst habe mich als Ansprechpartner für die Region Mannheim-Heidelberg-Rhein-Neckar-Kreis angeboten. Die DFG-VK-Gruppe Erlangen hat sich für ihre Region angeboten.

3. Inhaltliche Weiterentwicklung und Vertiefung des Szenarios entlang der fünf Säulen und im Einklang mit deren Zielen

Ideen: Fachtage organisieren oder an anderen mitwirken, internationale Kontakte aufnehmen.

4. Entwicklung der politischen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik (ab 2021). Hierzu gibt es eine Arbeitsgruppe. Sie steht für alle offen.

Anhand dieser vier Ziele sollen sich bei dem nächsten Vernetzungstreffen am 13.12.19 in Frankfurt/Main die anwesenden Organisationen je nach Lust und Expertise zur Mitarbeit eingeladen fühlen. Aber auch jede/r Einzelne, die oder der sich in sozialen, ökologischen, Fairhandels- oder Bürgerrechtsbewegungen engagiert, fühle sich eingeladen, an den vier Zielen mitzuwirken.

Stephan Brües ist Co-Vorsitzender des BSV, Mitautor des Szenarios „Sicherheit neu denken“ und Mitglied in der Koordinationsgruppe, die eine entsprechende Kampagne entwickelt. Er steht für Anfragen zu der Thematik gerne zur Verfügung, in seiner Region, aber auch darüber hinaus.

Die fünf Säulen einer Zivilen Sicherheitspolitik, wie sie im Szenario beschrieben werden. Hier kann es nachgelesen werden: https://www.ekiba.de/html/content/artikel_und_beaetrage_zu_sicherheit_neu_denken.html



Zivilgesellschaft zwischen Krieg und Frieden Syrien zuhören

Christine Schweitzer

„Syrien zuhören“ war der Titel unseres Fachgesprächs am 12. Oktober 2019. Wir wollten uns weniger mit der Geschichte des Krieges und mit der Geopolitik beschäftigen als vielmehr darauf schauen, welche Auswirkungen der Krieg auf die Zivilgesellschaft hat und welche Ideen aus der syrischen Gesellschaft entstehen, mit der Gewalt umzugehen. Natürlich war der Titel etwas vermessen - uns war bewusst, dass unsere drei Referent*innen nicht „die“ syrische Zivilgesellschaft repräsentierten und auch keinen Querschnitt „der“ syrischen Gesellschaft darstellten. Es handelte sich bei ihnen um einen Softwareentwickler, eine Juristin und eine Friedenstrainerin, die in Syrien u.a. Workshops zu Konfliktthemen gegeben hat. Sie alle drei engagieren sich jetzt in Deutschland für Geflüchtete, Menschenrechte und eine friedliche Entwicklung in ihrem Land, zwei von ihnen u.a. in der Initiative Adopt a Revolution.

Unsere Hauptfrage an die drei war: Wie können wir uns in Deutschland engagieren, wenn wir einen Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung in Syrien leisten wollen? Gibt es überhaupt Hoffnung auf solch eine Entwicklung? Wie stehen Menschen, die sich in der Opposition zur Regierung von Assad verorten, zu Fragen wie Aussöhnung und Wiederaufbau?

Die drei Referent*innen zeigten sich äußerst skeptisch. Die Gespräche über eine (neue oder reformierte) syrische Verfassung sei nicht repräsentativ, sondern ihre Teilnehmer*innen wurden vom Ausland bestimmt. Zum Beispiel fehlen wegen des Vetos der Türkei erneut, wie auch schon bei den Verhandlungen in Genf und Astana, Vertreter*innen der syrischen Kurden. Generell gelte, so die Referent*innen, dass Wiederaufbau



Beim Vorgespräch mit den Referent*innen. Foto: Christine Schweitzer

und Rückkehr der Geflüchteten nicht ausreichen – es braucht eine friedliche, umfassende und nachhaltige politische Lösung. Nur wie dahin kommen? Hier wurden auch von Seiten der Teilnehmer*innen viele auch kritische Fragen gestellt. Ist es der richtige Weg für die Opposition, sich erst auf Gespräche mit dem Regime einzulassen, wenn Vorbedingungen (Waffenstillstand, Freilassung aller politischen Gefangenen) erfüllt sind? Lehren nicht Friedensprozesse aus anderen Ländern, dass man mit Flexibilität weiter kommt? Oder müssen sich erst die Menschen verändern, so eine der Referent*innen, bevor man überhaupt einer Friedenslösung näherkommen kann?

Viele Fragen blieben offen. Insbesondere die zentrale, welche Perspektiven die syrische Zivilgesellschaft überhaupt hat, einen Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen. Das Bild, das gezeichnet wurde, war eher düster: Der Einmarsch der Türkei in Syrien (wenige Tage vor dem Fachgespräch) droht, das Selbstverwaltungsexperiment der Kurd*innen im Norden Syriens zu zerschlagen. Die Lage der Frauenrechte scheint sich ebenfalls eher wieder zu verschlechtern, besonders da, wo islamistische Milizen wie die Verbündeten der Türkei das Sagen haben. Die Europäische Union starrt wie das Kaninchen auf die Schlange allein auf die Möglichkeit, dass die Türkei die Grenzen nach Westen für die Geflüchteten öffnet und bis zu drei Millionen Menschen nach Griechenland übersetzen. Das zu verhin-

dern, scheint, darin waren sich alle in Dortmund einig, Hauptziel der EU-Politik zu sein. Und auch die Perspektiven für das arabisch-syrische Kernland sind besorgniserregend. Auch wenn die bewaffneten Kämpfe abgenommen haben und das Regime die Kontrolle über Großteile des Landes zurückgewonnen hat: Das Land bezahlt diesen Sieg mit wirtschaftlichen Leistungen und Machtabgabe an seine Verbündeten Russland und Iran. Russland hat sich zum Beispiel die Phosphatbergwerke im Land gesichert.

Die Dokumentation des Fachgesprächs kann von unserer Website heruntergeladen oder für 1,50€ (plus Porto) als Papier bei uns bestellt werden.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin des BSV.

Mediation bedeutet zuhören

Zwei Menschen streiten sich um eine Orange. Jeder will sie haben. Dann kommt ein Dritter, teilt sie und gibt jedem die Hälfte. Trotzdem sind beide nicht glücklich. Der Dritte fragt, warum sie nicht zufrieden seien? Es stellt sich heraus, dass einer nur die Schale, der andere den Saft wollte. Mit diesem Gleichnis soll ausgedrückt werden, dass, wenn eine dritte Partei in einem Konflikt vermitteln will, sie alle Seiten fragen muss: „Das ist das syrische Problem. Uns fragt niemand, was wir wollen. Sie kennen nicht unsere Kultur, unsere Meinung zu einer Lösung. Die Dritten wollen die Lösung finden.“ (Nauzat Khalil)